

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“
erschint wochentlich 4 Mal
und ist durch die
Spezial-Verkaufsstellen
überall zu beziehen.
Preis pro Quartal 1,20 Mk.
• 4 Quartale 4,80 Mk.
Durch die Post bezogen 5,10 Mk.
Preis für Ausland 5,30 Mk.
No. 141. Preis pro Jahr 5,84 Mk.

Es folgt ein Preisverzeichniß für
die einzelnen Nummern ab dem
1. Juni. Die Nummern 1 bis 100
sind bereits unter No. 141
abgegeben. Die Nummern
101 bis 1200 sind noch
bestellbar. Preis pro
Nummer 5 Pfennige.
Bestellungen sind an die
Verlagsanstalt zu richten.
Postamt-Bezirk 1200.
Hauptstadt für die deutsche Post
sind die Nummern 1 bis 100
abgegeben. Die Nummern
101 bis 1200 sind noch
bestellbar. Preis pro
Nummer 5 Pfennige.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 141.

Breslau, Mittwoch, den 20. Juni 1917.

28. Jahrgang.

Ein zerbrochener Friedensversuch.

Der Versuch über die Schweiz.

Bern, 18. Juni. (W. L. B.) Raster sowohl wie die Petersburger Telegrammen-Agentur bringen Mitteilungen betreffend die Übermittlung des Angebots des deutschen Friedens in Petrograd durch Bundesrat Hoffmann, dem Chef des Schweizerischen politischen Departements, vermittelt des in den letzten Wochen bestmöglichen schweizerischen sozialdemokratischen Nationalrates Robert Grimm aus Bern.

Das Friedensbedürfnis.

Der diesen Telegramm erstirbt die Schweizerische Depeschen-Agentur von zutreffender Stelle folgendes:

Am 27. Mai hatte Grimm die schweizerische Gesandtschaft in Petrograd, wo er sich damals aufhielt, ersucht, Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, in dem er in der Hauptsache ausführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden. Der Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht eine zwingende Notwendigkeit. Die Elemente hierzu sei an maßgebender Stelle vorhanden. Die einzig mögliche und gesündliche Sicherung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibe die Schwärze, so werde eine Revolution in relativ kurzer Zeit möglich sein. Darin wurde die Bitte geäußert, Hoffmann möchte über die bekannten Kriegsziele der Regierung Grimm unterrichten, da die Verhandlungen darüber erfolgreich würden.

Am 3. Juni ging ein kryptisches Radio-Telegramm an die Schweizerische Gesandtschaft in Petrograd ab, das nach der Überlieferung des Stockholmer „Sozialdemokraten“ wie folgt lautet:

Das Telegramm.

Nr. 781.
Das politische Departement an M. Obier, Petrograd.
Kryptiert. Bern, 28. Mai (6. Juni) 1917.

Das Mitglied des Bundesrats Hoffmann bevollmächtigt Sie, Grimm folgende mündliche Mitteilung zu machen:

Deutschland wird seine Offensive unternehmen, so lange eine Verständigung mit Rußland denkbar erscheint. Nach wiederholten Gesprächen mit einem hervorragenden Person bin ich davon überzeugt, daß Deutschland einem für beide Parteien ehrenvollen Frieden mit Rußland zustrebt, der intus wirtschaftliche und handelsverhältnisse und finanzielle Seite einschließt, um Rußland wieder auf die Beine zu setzen. Keine Annäherung in inneren wirtschaftlichen, handelspolitischen Beziehungen über Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Bewusstseins der Völker, Rücksicht der beiderseitigen Interessen, wasgen Rußland die ökonomischen Bedingungen wiedergibt, die es ersehnt konnte.

Sie bin davon überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf Wunsch des Mittelsten Reichs die Friedensverhandlung gesamt unmittelbar aufnehmen werden. Jeder deutsche Friedensliebhaber hat die Veröffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Dort hat nun im Einverständnis mit Herrn von Bethmann-Hollweg über Annexionen erklärt, daß Deutschland seine Verneinung seines Bundeszweckes zum Zweck einer Verständigung wirtschaftlicher oder politischer Ausdehnung wolle.

Dieses Telegramm ist von unbekannter Seite entziffert und in der Zeitung „Sozialdemokraten“, dem Organ von Branting, in Stockholm veröffentlicht worden. Dieser Schritt von Bundesrat Hoffmann ist ohne jede Beeinflussung im Interesse der Förderung eines baldigen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden.

Der Austritt des Bundesrates Hoffmann.

Bern, 19. Juni. (W. L. B.)

Eine Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur besagt: Infolge der durch den diplomatischen Zwischenfall geschaffenen Lage fand heute eine Besprechung zwischen dem Bundesrat, den Präsidenten der Räte und den Fraktionspräsidenten statt. Der Beginn der Sitzung des Nationalrates verzögerte sich infolgedessen. Im Rate herrschte sichtlich Erregung. Präsident Hueter eröffnete die Sitzung und verlas folgendes Schreiben des Chefs des politischen Departements, Bundesrats Hoffmann, an den Nationalrat:

Hochverehrter Herr Nationalratspräsident!
Die unbefugte Veröffentlichung einer offiziellen Depesche, die ich durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Petrograd an den dort anwesenden Nationalrat Grimm richtete und in welcher ich meine Auffassung über die Friedensbedingungen der Zentralmächte gegenüber Rußland und im Hinblick auf die Interessen der Verbündeten, hat eine große Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen.

hängnisvoll werden könnte. Es wird niemand daran zweifeln, daß ich diesen Schritt aus eigener Entschliebung und auf meine eigene Verantwortung unternommen habe, daß ich ausschließlich für die Förderung des Friedens und damit im Interesse des eigenen Landes zu handeln beabsichtigt war. Ich würde aber die Gedanken nicht ertragen, daß in diesen Zeiten großer politischer Spannung und Aufregung meine weitere Tätigkeit meinem heißgeliebten Vaterlande zum Schaden gereichen könnte. Ich bitte Sie daher, meine Demission als Mitglied des Bundesrats entgegenzunehmen zu wollen.

Nach Verlesung des Austrittsbescheides des Bundesrats Hoffmann gab der Bundespräsident Schulthess folgende Erklärung ab:

Der Bundesrat bestätigt die Mitteilung des Herrn Hoffmann in allen Teilen. Er hat von seinem Schritte keine Reue empfunden. Er hat durch seine Entschliebung, Arbeit und Anstrengung dem Lande in schweren Zeiten unschätzbare Dienste geleistet. Seine Entlassung ist aber alle Zweifel erhaben. Er hat nur im Bundesinteresse handeln wollen. Wir danken dem Schweizerischen Nationalrat für die ihm angedeutete Unterstützung im Namen des Landes. Das Große, das er dem Lande geleistet hat, bleibt unvergessen.

Nach einer Ansprache des Präsidenten Hueter, in der dieser den schmerzlichen Geschehnis beim Austritt des sehr geschätzten Leiters des politischen Departements Ausdruck gab, beschloß der Rat mit überwältigender Mehrheit, in eine Besprechung nicht einzutreten.

Die Vorgänge sind für den deutschen Leser nicht genau verständlich und zu beurteilen, da ihm der Einblick in die einzelnen Abschnitte der diplomatischen und militärischen Unternehmungen fehlt, sofern er nicht über neutralen Blätter ist. Die Deffektivität weiß auch nicht, in welchem Grade die Schweizerische Vermittlung in deutscher Aufgabe oder mit deutscher Billigung geschah. Nur eins ist wieder zu erkennen, was von sozialdemokratischer Seite immer betont wurde: eine Kompromittierung Rußlands von der Seite durch den Austritt eines Sonderfriedens ist ausgeschlossen, kann jedenfalls nicht von Deutschland aus unternommen werden und jeder Versuch in dieser Richtung vermehrt die Zahl der diplomatischen Niederlagen, die uns dieses Jahr abhandeln hat. Auch das ist ein Beitrag zu dem Thema „Neue Männer“, welches wir gestern behandelten und welches den Vorfällen der „Schweizerischen Zeitung“ nicht gefunden hat. Wir gestehen auch, daß wir auf Zustimmung von dieser Seite nicht gerechnet haben, obwohl uns ein sachlicher Einwand willkommen gewesen wäre, z. B. eine Entkräftung unserer Behauptung, daß Bernstorff und Bernburg im Ausland als Vertreter Deutschlands ein anderes Gewicht erlangen und Verbindungen mit größtem Erfolge anknüpfen könnten als die derzeitigen deutschen Diplomaten.

Nationalrat Grimm, der Redakteur der „Berliner Volkswacht“, der als erster und heftigster Bekämpfer der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit nach Petersburg gegangen war, ist nun — welche Ironie des Schicksals — von dort mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats als deutscher Agent angereisen worden. Auch dieser Zusammenhang der Dinge ist äußerst charakteristisch. Als Grimm, der uns seit Kriegsbeginn erbittert „Regierungssozialisten“ nannte, über Frankreich und England nach Stockholm und Petersburg ging, tat er es, um die Russen vor den Deutschen zu warnen und die Aufrichtigkeit ihrer Friedenswünsche in Zweifel zu ziehen. Er gewet wohl dort in die Hände seiner engsten Parteifreunde, der deutschen Sozialisten, die den Frieden um jeden Preis propagieren, und in ihrem Sinne und in ihrem Auftrage verschaffte er sich jene deutsche Zulage, die in dem Telegramm Hoffmanns genannt wird, das heute durch W. L. B. bekannt wird. Er sah, daß energischer russischer Friedenswille auf deutsche Hilfe rechnen konnte, wirkte in diesem Sinne und fällt nun als „deutscher Agent“, vielleicht wohl Deutscher sein Amt wegen Englands und Frankreichs verdammt, doch werden wir uns darüber das Urteil noch vorbehalten. Jedenfalls ist die Veröffentlichung der privaten Depesche im Stockholmer „Sozialdemokraten“ sehr verhängnisvoll.

Da der schweizerische Nationalrat ändert auch dieser zerbrochene Friedensversuch nicht. Er bestätigt, daß Rußland, gewollt oder ungewollt, dem Frieden zustimmt, da seine militärische und wirtschaftliche Lage so miserabel ist, daß es sich nicht länger halten kann. Das ist ein bitterer Schlag für die deutsche Politik.

bleibt der Anstoß dazu bei Rußland, das heute allerdings seine Verbündeten auf keinen Fall verlassen will und dazu nicht animiert werden sollte. Siegt der Friedenswille in ihm aus eigener Kraft noch vor dem Winter, wofür viele Umstände sprechen, dann fällt Rußland und vielleicht auch Italien hinterdrein. Aber diese Entwicklung könnte beschleunigt werden durch eine klare, unzweifelhafte Stellung der deutschen Regierung in ihren Kriegszielen nach allen Himmelsrichtungen. Diese Klarheit und Rücksichtslosigkeit fehlt.

Zu Dornbergs Forderung nach „neuen Männern“ schreibt die „Berl. Volkszeitung“:

Herr Dornberg hat hier ausgesprochen, was die Masse des Volkes schon lange denkt. Was ein angestricheltes Verharmen der Regierung auf dem sie jetzt beschrittenen Wege zur Folge haben kann, das hat der sehr auslandkundige ehemalige Staatssekretär hier mit erfruchtlicher Offenheit gesagt, und man kann nur bringen und wünschen, daß diese Stimme an den maßgebenden Stellen gehört und befolgt werde. Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß mit den Heberbleibeln des alten Preussens, für die im neuen Deutschland kein Platz mehr ist, radikalst ausgeräumt wird. Man warte nicht, bis die Verhängnisse der Regierung für die Volksgesamtheit verhängnisvolle Folgen erwarten lassen.

Die „Schlesische Zeitung“ aber damit bestens für eine solche Neuorientierung — woran wir garricht zweifeln, da ihr Schwarm mehr in der Richtung Heydebrand-Desfars-Roelke-Gräfe liegt, als in der Richtung Bernstorff-Dornberg-Dawid.

Was die Herabsetzung der Borarbeit in Stockholm anlangt, auf die trotz alledem das Auge der Welt gerichtet ist, auch der unterrichteten und der diplomatischen Welt, so kann die einmütige Feindschaft der sozialdemokratischen und imperialistischen Presse in allen Ländern den sozialistischen Friedensfreund nur in seiner Beschäftigung dieser Arbeit bestärken. Die planmäßige Berücksichtigung hat ihre Ursachen.

869 000 Tonnen im Mai.

Berlin, 19. Juni. Nach amtlicher Meldung wurden im Mai insgesamt 869 000 Brutto-Registertonnen Handelschiffvermögen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verfeuert. Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind insgesamt 2 655 000 Brutto-Registertonnen verfeuert worden.

Die bisherigen Ergebnisse des verheerenden U-Boot-Krieges waren folgende:

Februar	789 000
März	885 000
April	1 112 000
Mai	869 000
zusammen 3 655 000	

Die Gegner werden einen Jubel anstimmen, daß ihre Prophezeiung vom Niedergang des U-Bootkrieges sich bestätigt, obwohl Jahreszeit und Witterung den unterseeischen Feinden gerade jetzt günstig sind. Sie werden das auf die gute Wirkung ihrer Abwehrmaßnahmen und die Vernichtung deutscher U-Boote zurückzuführen. Demgegenüber wird von deutscher Seite die Nachsicht ausgegeben: Auch im Mai haben sich die U-Bootverluste wie bisher unter der von vornherein in Rechnung gestellten Höhe gehalten und werden ganz erheblich durch den Zuwachs an Neubauten überstossen. Die deutsche U-Bootflotte nimmt daher ständig weiter an Stärke zu. Hier schiebt man den Rückgang auf die Tatsache zurück, daß der südliche Schiffsverkehr durch die Tätigkeit der U-Boote abnimmt und die Gegner gezwungen sind, mehr kleine Schiffe in Dienst zu stellen, deren Versenkung die Tonnanziffer nicht in gleichem Maße beeinflusst.

Noch immer sind wir nicht völlig klar über die ganze Wirksamkeit der neuen Waffe, und nur ist sicher, die Optimisten, die England nur sechs Monate Frist gaben, als der U-Bootkrieg begann, die sind heute, wo der fünfte Halb im Jahre ist, vorläufiger geworden.

Million für Belgien.

Amsterdam, 19. Juni. Das Washingtoner Bureau der Holländischen Presse-Bureau: Wilson hat in einer Rede angekündigt, daß die deutsche Regierung einen Betrag von einer Million für Belgien zur Verfügung stellen wird.

Die Vergeltung für Luftbomben.

Amsterdam, 19. Juni. In einer zahlreich besetzten Versammlung unter dem Vorsitz des Lordmayors wurde ein Beschluss gefasst, worin die Regierung aufgefordert wird, zu einer vollen Vergeltung für die deutschen Luftbomben Angriffe überzugehen. Als Antwort auf die vorerwähnten Angriffe der Deutschen auf offene englische Städte sollen ebenfalls Angriffe auf deutsche Städte erfolgen. Das Mitglied des Unterhauses, der radikale Abgeordnete George, war der Hauptredner. Er erklärte, dass die deutsche Methode scharfe Abwehrmaßnahmen notwendig mache, nicht eher würde das deutsche Volk von der Luftkollateralschaden der deutschen Luftkriegführung gegen die Bevölkerung überzogen werden. Der Redner erklärte, dass durch die Zusammenarbeiten von England und Frankreich über die deutschen Städte ein Schweigen gebracht werden müsse, bis die Deutschen von ihrem Angriffen ablassen.

Die österreichische Krise.

Wien, 19. Juni. Das Wiener I. L. Korrespondenz-Bureau meldet: Ministerpräsident Graf Clemens Martinic hat in Ausführung des gestrigen Ministerratbeschlusses heute dem Kaiser die Demission des gesamten Kabinetts überreicht.

Wien, 19. Juni. Im Ministerrat kam die Ansicht zur Geltung, dass es auch für jeden Nachfolger des Grafen Clemens Martinic außerordentlich schwer sein würde, heute ein solches Programm aufzustellen, in das sich eine Mehrheit aus Deutschen und Polen einigen und das nicht zugleich die heftige Opposition aller anderen Parteien finden würde. In dieser Schwierigkeit ist der Kern der Krise. Deshalb dürfte Graf Clemens Martinic dem Kaiser den Versuch einer Resignation empfehlen.

Wien, 19. Juni. Den Abendblättern zufolge wurde heute mittags im Abgeordnetenhaus bekannt, dass Ministerpräsident Graf Clemens Martinic vom Kaiser den Auftrag erhalten habe, die Umstellung des Kabinetts durchzuführen. Der Kabinettswechsel hat bereits die darauf abzielenden Verhandlungen mit den Parteien in Angriff genommen.

Die Konferenz in Stockholm.

Die Verhandlungen.

Stockholm, 18. Juni. Die Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie (Separatisten), die Abg. Kerner und Hederstrom, sind heute hier eingetroffen. Der General folgt ihnen in zwei Tagen. Das Komitee hatte heute mit dem Vertreter der englischen Fabrikgesellschaft-Börs eine kurze Beratung. Thompson, der Herausgeber des „Clarion“, ist nicht Delegierter, sondern zu seiner privaten Information erschienen. — Exzellenz sprach sich über den Fortgang der Verhandlungen befriedigt aus.

Die ukrainischen Forderungen.

Stockholm, 19. Juni. Der am 14. Juni vor dem schwedischen Parlamenten gehaltenen Ausschuss erschienen Vertreter der ukrainischen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, Wladimir Kowalew, der nunmehr der Partei folgende Forderungen vorlegte:

Die Lösung der nationalen Fragen als Gebot der Gerechtigkeit und als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und für die Entschleunigung des sozialistischen Weltkampfes; Unabhängigkeit der von russischen Wölfen besetzten mittel- und osteuropäischen Staaten Oesterreich-Ungarns, Rußlands und des Baltikums; die Bundesstaaten aus gleichberechtigten Mitgliedern der ukrainischen Völker, wobei die Politik der Ukraine die Einigung aller ukrainischen Gebiete in einem politisch selbständigen Staat zu betonen, wenn das nicht zu erreichen ist, vollständige Selbstverwaltung der Ukraine sowohl Oesterreich-Ungarns wie Rußlands in den von ihnen besetzten Gebieten in unmittelbarer Zusammenarbeit mit diesen Staaten anstrebt; Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland nach dem von russischen Wölfen besetzten Gebiet; die Wiederherstellung Polens, aber mit Umkehr der von Polen besetzten Gebiete; Erziehung eines besonderen Ausschusses zur Lösung der Rechte der Völker bei dem zu erreichenden internationalen Schiedsgericht; möglicher baldiger Friedensschluss ohne Gebietsübergaben oder Kriegserklärung; volle Entschleunigung der Völker, um dem Gebot der Gerechtigkeit zu entsprechen, die Kriegsverbrechen, soweit der Krieg nicht im Interesse des betreffenden Gebietes geführt worden ist; Wiederherstellung der Selbstständigkeit Belgiens, Rumaniens, Serbiens, mit dem Vorschlag zu vereinigen wäre; Lösung der finn-estnischen und der estn-lithuanischen Frage nach Vereinbarung mit den unmittelbaren beteiligten Völkern nach Maßgabe der Wünsche der in den besetzten Gebieten wohnenden Bevölkerung.

In wirtschaftlichen und internationalen Fragen schloß sich die Ukraine den Forderungen der deutschen sozialistischen sozialistischen Parteien an. Auf der zu besprechenden allgemeinen Zusammenkunft der Arbeiter und Sozialdemokraten verlangt Kowalew für die ukrainischen Parteien der Ukraine Oesterreich-Ungarns und Rußlands die Erklärung eines selbständigen nationalen Verbandes.

Wir erinnern von dem Friedensschluss die Durchführung des Besonderen Geistes und ihre Erziehung nach Maßgabe der für die Landesverwaltung, vertragliche allgemeine Übertragung und Abwicklung der geheimen Diplomatie.

Die Spanier werden mitberaten.

Madrid, 17. Juni. (Wien-Korrespondenz.) Nach einer Mitteilung des „Imparcial“ werden die spanischen Sozialisten an der Stockholmer Konferenz teilnehmen.

Keine Hilfe für die Italiener?

Genève, 19. Juni. Die italienische Regierung verweigert neuerdings die Hilfe nach Stockholm.

Für den Frieden.

Stockholm, 19. Juni. Die in den letzten Tagen in Bern abgehaltenen internationalen Konferenzen von Kulturarbeitern, an denen 20 Vereine deutscher sozialistischer Arbeitervereine und sozialistischer Arbeitervereine teilnahmen, haben einstimmig die Entschleunigung des Krieges und die Friedenschleunigung der Zentralmacht als dem 12. September gebilligt werden. Der von den Sozialisten beantragte Friedenskongress soll ebenfalls am 12. September in Bern abgehalten werden. Die Verhandlungen sollen in Bern abgehalten werden, bis die Verhandlungen in Stockholm nicht zu Ende sind.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Juni 1917 (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Au der Maander- und Aras-Front ist die Lage unbedenklich. In westlicher Stärke dauert der Artilleriekampf an; getrennt war er besonders zwischen Boerlinge und Prellinghen lebhaft.

Deutlich von Mönch warfen unsere Sturmtruppen die Engländer aus einigen Gräben, die bei den Kämpfen am 14. Juni noch in Feindbesitz geblieben waren.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Von neuem versuchten die Franzosen bei Einbruch der Dunkelheit die ihnen käuflich entziffenen Gräben nordwestlich des Schöfles kurzzeitig zurückzugewinnen. Ihr zweimaliger Anlauf wurde zurückgeschlagen.

In der Champagne drang der Feind gestern morgen nach Rezerle in einen vorstürzenden Teil unserer Stellung südwestlich des Hochberges. Am abends unternommenen Vorstoß zur Erweiterung seines Besizes schlug verheerend fehl.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Vom Ostlichen Kriegsschauplatz und von der Maander-Front sind größere Kampfhandlungen nicht gemeldet. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wien, 19. Juni abends. (Amst.) Mehrfach aufkehende Gesechtstätigkeit in Flandern und in der West-Champagne. Sonst nichts Neues.

Anteilige Berichte der Verbündeten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Juni. (Amst.)

Im Saleputna-Abschnitt wiesen wir einen russischen Vorstoß ab. Auf der Hochfläche der sieben Gemaunden und im Saganer-Tal, zwischen Astago und der Brenta, ist seit gestern früh eine neue heftige Artillerieschlacht im Gange. Vom Jongo ist nichts besonderes zu melden. Der Chef des Generalstabes.

Bulgarischer Bericht vom 18. Juni. Zwischen Bardar und Dozran-See versuchten englische Erkundungsabteilungen nachts gegen unsere vorgeschobenen Posten bei der Ortschaft Kerechli vorzugehen; sie wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen. Am Fuße der Djelassija zogen sich die vorderen Abteilungen der Engländer, die sich in der Stellung längs des Dufkovo-Flusses befanden, sichtlich vom Kamme des Brodsko-Berges zurück. An der unteren Struma besetzten wir in der Ebene zwischen dem Dufkovo- und Tschirno-See die Ortschaften Tschawdar, Wajle, Kewolen, Penikof und Beni Wajle. Die Engländer halten nur noch mit einigen Kompagnien die Brückenspitze an der Struma. Auf der übrigen Front schwach Artilleriefeuer.

24 000 Tonnen.

Berlin, 19. Juni. (Amst.) Neue U-Bootsfolge im Atlantischen Ozean: 24 000 Draisin-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. drei große bewaffnete englische Dampfer, von denen zwei durch Herdrer gesichert waren, und der englische Dampfer „Amor“ (2475 Tonnen) mit 5000 Tonnen Getreide.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Krieg zur See.

Rotterdam, 18. Juni. Die Blätter melden: Das niederländische Segelschiff „Merline Beatrix“, das am 4. Februar mit 5000 Tonnen Tabak von Cebu nach Rotterdam ankam, ist am Freitag versenkt worden. Die Besatzung wurde in Sumbawa gelandet.

London, 19. Juni. Reuters Bureau meldet amtlich: Ein feindliches Unterseeboot versenkte am 2. Juni den britischen Transportdampfer „Cameronian“, 5861 Tonnen, der eine geringe Zahl von Truppen an Bord hatte, im östlichen Mittelmeer. 52 Mann Truppen und 11 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, wurden vernichtet.

Madrid, 19. Juni. (Mitteilung des Wiener I. L. Korrespondenz-Bureau.) „Imparcial“ zufolge versenkte ein U-Boot in der Nähe von San Espalido den englischen Transportdampfer „N. S. 240“ (8000 Tonnen) mit Truppen und Kriegsmaterial für Saloniki. Der Dampfer wurde von vier U-Booten begleitet, von denen zwei gleichfalls untergegangen und zwei mit schweren Verwundungen davonkamen sind. In der Nähe der Strommündung wurden die bewaffneten britischen Dampfer „Fret“, 5567 Draisinregister-Tonnen, und „Sire“, 1998 Draisinregister-Tonnen, mit 9000 Tonnen Benzin, Öl und Kohle von den U-Booten nach Cebu unterwegs, versenkt. Mit demselben von Guelba unterwegs verlor ein U-Boot den norwegischen Dampfer „Eimla“, 5800 Tonnen, mit Kohlenladung von Liverpool nach Gibraltar. In der Nähe von Kilean: kam es zwischen einem U-Boot und einem britischen Dampfer zu einem heftigen Kampf. Mehrere Geschosse fielen.

Amerikas Hilfe.

Amsterdam, 19. Juni. Das „Holländische Marine-Bureau“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten sind bereit, dem Kaiser für nationale Zwecke die Beschlagnahme von Schiffen zu erlauben, die in einem Krieg zu unterliegen, der aus diesen Mitgliedern besteht, die von dem Kaiserlichen und dem Kaiserlichen benannt sind.

Der französische Generalstab hat dem Kaiserliche Kriegsmarine-Bureau die Entschleunigung aller U-Bootsaktionen in der Nordsee, dem Mittelmeer und im Atlantik empfohlen und hat bei der letzten Zusammenkunft wiederholt die französischen Besatzungen der U-Bootsaktionen empfohlen. Inzwischen hat die amerikanische Hilfe die U-Bootsaktionen in der Nordsee, dem Mittelmeer und im Atlantik empfohlen.

Die Lage in Rußland.

Ukraine.

Kiew, 18. Juni. Der „Rückwärts Anzeiger“ meldet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Verhängung des Gesetzes über die Beschlagnahme in eine Staatsaktion.

Rotterdam, 19. Juni. Dem „Holländischen Marine-Bureau“ meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten sind bereit, dem Kaiser für nationale Zwecke die Beschlagnahme von Schiffen zu erlauben, die in einem Krieg zu unterliegen, der aus diesen Mitgliedern besteht, die von dem Kaiserlichen und dem Kaiserlichen benannt sind.

Wichtigsten Selbstverwaltung im ganzen Lande. Die Beschlagnahme der Macht, der auch die Verhängung über die bewaffnete Macht zugehen werde. Das Komitee hat erklärt, sich fortan nur der konstituierenden Versammlung und deren Organ unterwerfen zu wollen.

Vom russischen Arbeiterkongress.

Abkündigung über den Frieden.

Berlin, 20. Juni. Die Hauptversammlung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates wählte eine 15gliedrige Kommission zur Vorbereitung der Abkündigung über Krieg oder Frieden.

Der Minister hatte vorher der Versammlung die Schritte mitgeteilt, die die russische Regierung zur Verbeiführung einer interalliierten Zusammenkunft getan habe. Diese Zusammenkunft solle der Nachprüfung der Verträge dienen, mit Ausnahme jedoch des Londoner Abkommens, durch das die Alliierten sich verpflichtet haben, keinen Sonderfrieden zu schließen.

Amsterdam, 19. Juni. „Times“ vernimmt aus Petersburg: Alle sozialistischen Abteilungen Petersburgs waren am Sonnabend bei Eröffnung des allrussischen Kongresses von Arbeitern und Soldaten erschienen. Die Abgeordneten erklärten in dem offiziellen Organ des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg, daß sie bereit seien, sich an alle Beschlüsse zu halten, die der Kongress bezüglich der inneren und äußeren Politik treffen werde. Kobylanko hat die Mitglieder, in Petersburg zu bleiben. Die außerordentliche Agitation unter dem Volke und in der Armee sei noch nicht erloschen. Infolge seines Armeebefehls betreffend Verhängung von Strafen auf Fahnenflucht und Pflichtverstoß habe Kerenski seine Wiederwahl im Zentralkomitee seiner Partei nicht sehr günstig beeinflusst. (Wohlgemerkt, das ist ein Bericht der „Times“.)

Allgemeines, aber keinen Sonderfrieden.

Stockholm, 19. Juni. Minister Fischer teilte im allrussischen Kongress des Arbeiter- und Soldatenrates eine Erklärung über die Regierungspolitik ab. Er sagte: „In außenpolitischer Hinsicht wünschen wir einen neuen Vertrag abzuschließen, worin die von der russischen Demokratie verkündeten Grundsätze als Richtschnur der internationalen Politik der Alliierten anerkannt werden sollen. Wir werden alle Mittel anwenden, um unser Programm für alle Entente-Regierungen annehmbar zu machen. Eine Vermeidung des Bruchs mit den Alliierten ist unter allen Umständen notwendig. Wir betrachten als schädliches Ergebnis unseres Kampfes für den allgemeinen Frieden einen Sonderfrieden mit Deutschland, der das Ergebnis der russischen Revolution zunichtemachen würde und für die internationale Demokratie verhängnisvoll sein könnte.“

Darauf ergriff Lenin das Wort und griff die provisorische Regierung scharf an, was jedoch die Agentenmeldung nicht weitergab. Lenin brachte eine lange Anklageschrift gegen das Koalitionskabinett vor. Er verurteilte die Haltung des Kabinetts, seine Haltung, betreffend eine Fortsetzung des Krieges und vor allem Kerenski Appell zur Offensive, die Lenin als einen Verrat bezeichne. Lenin empfahl, die Maßnahmen der Extremisten, um die Lage zu verbessern, und erklärte darauf, seine Partei sei bereit, die Macht zu übernehmen, falls man ihr dieselbe anbieten würde.

In einer Antwort auf diese Rede verurteilte Kerenski Lenins Doktrin, die er als mißbrauchten Marxismus bezeichnete. Kerenski verteidigte seine Handlungen als Kriegsmilitär mit energischen Worten und mit einer brütigen Uebergangung, daß alle Anwesenden, mit Ausnahme der Bolschewiken, dem Redner langdauernde Huldigungen darbrachten.

Lenin hielt noch eine lange Anklagerede gegen das Koalitionskabinett, seine Taten und seine Haltung, besonders bezüglich des Krieges und des Rufes Kerenski zur Offensive, den er als einen Verrat an den Interessen des internationalen Sozialismus bezeichnete. Lenin schlug vorübergehende Maßnahmen als Mittel für die Lage vor und erklärte dann, seine Partei sei bereit, die Macht zu übernehmen, wenn sie ihr angeboten werde.

Nach ihm sprach der Sozialist Kerenski. Er bewertete die Rede Lenins und fuhr fort: Die von Lenin behauptete Verurteilung der Front ist ein Mittel, das mit den Wünschen des deutschen Generalstabes übereinstimmt. Wir müssen der Internationale beweisen, daß wir nicht eine Sekunde lang, die man vernachlässigen kann und daß wir einen Willen besitzen, der sich nicht von einer vereinzelten inorganischen Gruppe beherrschen läßt.

Kerenski berichtete dann über seine Handlungen an der Front und den günstigen Eindruck, den er davon erhielt, und verteidigte seine Handlungen als Kriegsmilitär im kraftvollen Ausdruck, um mit solchem Vertrauen und solcher Uebergangung, daß der ganze Saal mit Ausnahme der Bolschewiken in eine lang anhaltende Stille umgewandelt wurde.

Differenzen mit den Verbündeten.

Budapest, 19. Juni. Das Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates Paul Oberg, der gleichzeitig Redakteur des „Holländischen Arbeiterblattes“ ist, erklärte dem Stockholmer Vertreter des „Pesti Naplo“, die Entente-Imperialisten befinden sich aber die Kriegsziele Rußlands noch immer im Irrtum. Wir wünschen keinerlei Annexionen, von Konstantinopel spricht niemand mehr. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich im Klaren, daß die Fortsetzung des Krieges die Erfolge der Revolution in Frage stellen würde. Wäre auf Wunsch der Entente Druck zum Oberkommando auszuüben, so wäre dies gleichbedeutend mit einer Kapitulation gewesen. Die Soldaten haben ihre Stellungnahme bereits festgelegt, indem sie wissen ließen, daß sie die militärische Aktion nur dann aufnehmen würden, wenn ihrem Wunsch nach Frieden Rechnung getragen werden würde. Eine neue Offensive wird Rußland nicht aufnehmen.

Die Möglichkeit eines Friedensschlusses sehen wir nur in einem Druck der Demokratie Englands und Frankreichs auf ihre Regierungen, einem Druck, der sich bereits jetzt fühlbar macht.

Von einer Bestrennung Rußlands von der Entente kann nicht die Rede sein, aber es bestehen schwere Differenzen über die Kriegsziele. Das neue Kriegsprogramm Englands, Frankreichs und Amerikas, das nur im Interesse eines neuen Offensives ausgearbeitet wurde, kann und nicht werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat daher im Einvernehmen mit der Regierung eine Note veröffentlicht, die klar besagt, daß den allgemeinen Friedenswünschen Rechnung getragen werden muß und daß die imperialistischen Regierungen der Einberufung eines internationalen Kongresses im Hinblick auf den Krieg gegen Rußland.

Die vom Arbeiter- und Soldatenrat abgeordnete Kommission wird am 19. Juli in Stockholm einberufen.

Neue Kriegsnachrichten.

Die Nachrichten von Ostpreußen traf Dienstag abend in London ein. Der Befehl war, militärisch keine Maßnahmen zu ergreifen. Die Nachrichten sind, es werde vorübergehend in Ostpreußen (Gaubünden) Aufenthalt nehmen. Sonntag eroberte die Besatzungen von Gumbinnen und Netze die englischen Soldaten nicht gefolgt, wenn König Augustus glaubt, die Besatzungen sollen sich in Gumbinnen befinden, welche er bei der Besatzung von Gumbinnen und Netze am 19. Juni eroberte.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Juni.

55 Frauen

sind in der Versammlung am Sonntag abend Mitglieder des

Sozialdemokratischen Vereins

geworden; täglich laufen noch Nachzügler mit ihren Anmeldungen ein. Sicher haben noch viele andere den Entschluß gefaßt, sich mit den Männern in Reich und Glied zu stellen, Anmeldungen werden im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, 2 Treppen, angenommen.

Ein Achtelpfund Butter.

In der laufenden Woche darf Butter im Kleinhandel nur Sonntag den 23. und Sonntag den 24. Juni, abgegeben werden. Die Bestimmungen der Stadtverordnetenversammlung, die gewöhnliche Butterration von einem Achtelpfund und wieder zu empfangen, sind nicht ohne Erfolg gewesen. In Anerkennung der zurzeit bestehenden besonderen Schwierigkeiten der Ernährung der großstädtischen Bevölkerung hat die Bezirksstelle entgegenkommenderweise die erforderlichen Buttermengen zur Verfügung gestellt. Leider hat sich die Buttererzeugung im Regierungsbezirk noch immer nicht in befriedigender Weise gehoben, sodaß in einiger Zeit noch einmal mit einer — hoffentlich nur vorübergehenden — Gerabiegung der Rationierung zu rechnen werden müssen.

Die Preise für Frühkartoffeln.

Einer Nachrichtenstelle zufolge ist über die Preisfestsetzung für Frühkartoffeln soviel durchgesickert, daß man mit 9,90 Mk. für den Zentner am 1. Juli beginnen wird. Die Perioden, in denen die Preise dann nach und nach sinken, sind bedeutend kürzer als im Vorjahre. Der Abbau der Höchstpreise wird immer nur 30 bis 40 Pf. betragen, gegen den September hin dann 50 Pf., jedoch Anfang Oktober noch ein Preis von 6 Mark zu zahlen sein wird. Die einzelnen Preisklassen bleiben nur einige Tage bestehen, sodaß der Anreiz, früheste Kartoffeln unzeitig herauszunehmen, gemindert wird, weil durch die weitere Entwicklung der Kartoffeln, durch besseres Ausreifen, der Landmann so viel und mehr gewinnt, als die Preisfälligkeit ausmacht.

Zur Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages faßte das Ergebnis seiner Verhandlungen am Sonnabend in Berlin in folgenden Beschlüssen zusammen:

1. Auch in einem vieren Kriegswirtschaftsjahr muß daran festgehalten werden, daß die Unterverteilung (Zuführung an die Verbraucher) der Lebensmittel zur Verfügung der Gemeinde ist. Anordnungen, die diese allein sichere Grundlage der gesamten Lebensmittelverteilung vorzubereiten haben, sind aufzuheben. Jedes Eingreifen der Reichs- und Staatsstellen in die Unterverteilung übertrifft nicht nur die Anpassung der Regierung an die drückende Wirklichkeit, sondern ist auch, indem es die Verantwortung der Gemeindeorgane herabsetzt, ihre Leistungsfähigkeit. Wenn einzelne Gemeinden durch Uebererschreitung ihres Anteils den gesamten Stand der Volksernährung beeinträchtigen, so sehen der Staatsregierung die Nachmittel, um Abhilfe zu schaffen, ohne weiteres zur Verfügung.

2. Gegenüber dem Bestreben, eine theoretische Minderleistung der Nahrungsmittelregelung und eine Untabelhaftigkeit der paplernten Verteilungsordnung zu erreichen, muß mit Nachdruck betont werden, daß es für die praktische Volksernährung allein darauf ankommt, die hauptsächlichsten Nahrungsmittel zu erfassen und den der städtischen Bevölkerung zukommenden Anteil den Städten vollständig, in gutem Zustand und rechtzeitig zur Unterverteilung an die

Verbraucher zuzuführen. Für diese Aufgabe muß der Staatsorganismus mit seiner ganzen Kraft eingesetzt werden. Daneben sind andere Dinge, auch wenn sie an sich Bedeutung haben, als Aufgaben zweiten Ranges zu behandeln und unter Verwendung aller Verbesserungsmittel in einfacher Form zu lösen, etwa wie es jetzt für den Selbstschutz geschehen ist.

3. Damit die Wirtschaftskraft der städtischen Bevölkerung erhalten bleibt, wird dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß die leitenden Stellen künftig von der Aufgabe von Verpflegungen oder beschaffenheitlichen Änderungen absehen, die später nicht eingeleitet werden.

4. Soweit es die Bedürfnisse der Kriegszeit irgend zulassen, ist die Führung ziviler und militärischer Behörden mit sich überschneidenden Zuständigkeiten und die Überfülle der Besetzungen zu beseitigen. Der jetzige Zustand macht es den Gemeinden oft unmöglich, die für eine Entscheidung verantwortliche Stelle ausfüllen zu können und belastet die Gemeinden mit einer schmerzhaft überflüssigen Wiederholung von Berichten über dieselbe Angelegenheit an verschiedenen Stellen.

Professor Kühnemann über Eindrücke aus Amerika.

Amerika, unseren letzten großen Feind, kennen zu lernen, ihn aus dem Wunde eines Landmannes kennen zu lernen, der ausgehört war, und die Sympathie dieses Landes zu erwerben und nun zurückkam, nachdem das Welt zusammengebrochen war — diese Gelegenheit hatte gar viele Mitbürger bis zu den Höhen aller Höhen in den Vereinsaal der Gesellschaft für Vaterländische Kultur geführt, so daß auch die Vordrume des Hauses noch besetzt waren. In ungemein temperamentvollem Vortrag, durch eine plastische Darstellungsgabe unterstützt und mit einleuchtenden Vergleichen verbeutlicht, trat Herr Kühnemann an seine Aufgabe heran, die er jedoch an dem Punkte abbrach, der nach unserem Eindruck der wesentlichste war, an der Erklärung des amerikanischen politischen Gegenstandes zu uns aus dem anglo-amerikanischen Staatsgedanken und an der Anführung der Argumente, mit denen er deutsche Kampfs in den amerikanischen Kreisen, auch deutsch-amerikanischen, abgelehnt wird.

Eintleitend gab der Vortragende ein Bild von der Nähe, welche die Bearbeitung eines solchen riesigen Landes macht. 107 000 amerikanische Meilen hat er im ganzen zurückgelegt, das ist 4 1/2 mal der Weg um den Äquator in fortwährender Hin- und Herbahrt. Er sprach in 36 Staaten und im Distrikt Columbia, und zwar hielt er in 137 verschiedenen Städten 121 englische und 275 deutsche Reden. Mit den englischen Reden begann er, sie wurden dann eingestellt, denn bei diesen Amerikanern sprach man, wenn man für Deutschland wirkte, gegen eine eiserne Wand, die keine Macht des Himmels und der Erde hätte sprengen können. Man wollte nicht von der Berechtigung des deutschen Existenzkampfes überzeugt sein und man ließ sich auch nicht überzeugen. Aber auch die deutschen Reden liefen nach und nach in ein Fahrwasser über, das im Anfang nicht geplant schien oder doch sehr als Nebensache angesehen wurde, in der Sammlung von Mitteln für die Dreyfußhilfe. So rührend viele der Einzelbilder waren, die der Redner von der Hilfsbereitschaft der in der Welt verstreuten Deutschen entwarf und so betrüblich die Gebetsmutter wurde, die zum Wiederaufbau der zerstörten Stätten in Ostpreußen zusammenkam — ausgehört waren die deutschen Redner zu anderem Behufe, sie sollten Achtung, Respekt, Gerechtigkeit, Sympathie gegenüber dem deutschen Existenzkampf wecken und über positive Erfahrungen auf diesem, ihrem vornehmsten Gebiete konnte der Redner nur wenig oder vielmehr nichts mitteilen. Zwei Erklärungsgründe hielt er in seinen Vortrag ein: Amerika ist das Land des Friedens und der Gerechtigkeit, wir sind das Land des Ringens und der Abkaltigkeit, wir verstehen einander nicht. Nicht alles ist Lüge, Niedertracht, Gemeinheit, nein, dahinter erkennt man die Tatsache: daß sie uns wirklich nicht verstehen. Denn drüben sitzen 100 Millionen Menschen in einem Lande, 17 1/2 Mal so groß als das Deutsche Reich, von zwei Meeren und zwei mächtigen ungefählichen Nachbarn begrenzt, wie vom wirklichen Kriege bedroht, mit der reichen Aussicht, vorwärts zu kommen auch nach zehnmaligem Fehlschlagen und über dem allen ein Staat als notwendige Hilfsorganisation, die das Emporkommen des Einzelnen gerade nur sichert. Hier auf enger Fläche streben Millionen miteinander konkurrierende Menschen, die dem Lande schwer ihre mächtige Existenz abgewinnen, von unzähligen Risiken umgeben, und der Staat die Zusammenfassung aller Volkskraft zu intensiverem

Zusammenarbeiten, alles heißt zum Kampfe und Kriege bereit. Das sind Gegenstände, die sich nicht verstehen lernen. Ob in Amerika der Aufstieg sich heute wirklich noch so friedlich und erfolgversprechend vollzieht, darüber haben wir allerdings unseren Karten Zweifel, auch müßte dieser Mangel des Verständnisses sich nicht auf die deutsche Art, sondern ebenso auf die französische und englische übertragen, wie ja ganz Europa diese nichtamerikanischen Wege aufweist, von denen Herr Professor Kühnemann so viel Nichtverstehen herleitet. Ein leuchtender erschien uns, was er als Grund dafür ansah, daß der Deutschamerikaner sich haben politisch nicht hat zur Geltung bringen können. Wir entlehnen den deutschen Bauern und Arbeiter als einen ganz unpolitischen Menschen, als den Untertanen des Obrigkeitstaates, der die politischen und Staatsgeschäfte den Beamten und Offizieren überläßt, und der sich in der neuen Heimat nun erst recht nicht zur Geltung bringen kann. Es war, als lang hier ganz leise, aber doch deutlich genug, der Ruf nach Demokratie durch, weshalb vielleicht auch die „Sozial. Zeitung“ gerade diese Passagen des Vortrages über den unpolitischen Deutschen, die mehrfach wiederkehren, in ihrem Bericht einfach wegläßt. Diese Deutschen sind hinausgezogen zu einer Zeit, da der deutsche Einheitsstaat und das gleiche Wahlrecht noch nicht existierten, sie haben die Enge der Kleinstaatens, des konfessionellen Gegenstandes, der Staatsbürger mit hinausgenommen, obgleich sie prachtvolle Deutsche sind, doch sie nahmen nichts mit vom neudeutschen Wesen. Und — was vielleicht diese gleich uns überaus ist — sie sollen dem Aussterben geweiht sein, weil neues Gelingen nicht mehr erfolgt und die Heimat sich um sie nie gekümmert hat — ein merkwürdiger Gegenstand der jähren Festigkeit, mit der sich in Siebenbürgen, in Böhmen, in der Dobrudscha, in Polen und Kurland die deutschen Siedlungen erhalten und immer aus sich heraus erneuern. Sollte es in Amerika wirklich eine höhere Kultur sein, die die deutschen Familien zernagt und in den Amerikanismus aufsaugt? Das dünkt uns doch sehr unwahrscheinlich.

Vielleicht gibt darüber die Fortsetzung des Berichtes, die Herr Kühnemann freundlicher Weise ankündigte, einige Aufklärung. Die „Vaterländische Gesellschaft“ würde durch Nach eines etwas größeren Versammlungsraumes und durch Ansetzung eines nicht zu fernliegenden Tages für die Fortsetzung des Vortrages sich den Beifall vieler ihrer Gäste erwerben.

Ferienaufenthalt.

Trotz der Unterbringung vieler Stadtkinder auf dem Lande sind noch viele Großstädtkinder in ihren alten Verhältnissen irgendwelcher Gebiete zurückgeblieben. Für sie kommt ein Landaufenthalt während der großen Ferien in Frage. Die Evangelische Zentralstelle, Altblüherstraße 8/9, kann eine große Anzahl von evangelischen Schulkindern während der Ferien auf dem Lande gegen ein sehr geringes Kostgeld und zum Teil ganz unentgeltlich unterbringen. Anmeldungen sind nach dem Inhalt in der Geschäftsstelle, Altblüherstraße 8/9, entgegenzunehmen.

Vom Wetter.

Seit Wochen warten um Landwirte und Schreiberknecht auf den nötigen Regen, der das Gemüße gehörig zum Nachdenken bringt. Vergeblich. Die Trockenheit hält an, schon zeigt das Erdboden Risse und Sprünge, und an ein reiches Nachkommen auch trotz allen Siebens nicht zu denken. Zudem sinkt das Grundwasserspiegel immer tiefer, sodaß die Brunnen und Wasserläufe der Schreiberknecht mehr und mehr versiegen. Trotz der großen Feuchtigkeit des Bodens, die im Frühjahr die Befruchtung lange verzögerte, herrscht gegenwärtig bereits ein Wassermangel, wie sonst erst in den Juniwochen, wenn Temperatur mit über 30 Grad wir verschleudert auch schon zu spüren belamen. Wie aber alles einmal sein Ende nimmt, so muß es ja auch diese Trockenperiode. Das Barometer ist in den letzten beiden Tagen stark gesunken. Auch die Wetterberichte lassen Regen erhoffen. Aus dem Westen, wie aus dem Osten werden Gewitter gemeldet. Berlin wurde gestern abend mit einem kräftigen Regen überschüttet. Sollten wir da allein leer ausgehen? Wir wollen es nicht hoffen, glauben vielmehr, daß es nun auch bei uns zu Gewittern und Regenfällen kommen wird. Noch ist es nicht zu spät, wohl aber die höchste Zeit, wenn nicht viele fleißige Hände um den Ertrag ihrer Bemühungen kommen sollen. Der Gott, Petrus, schide uns Regen!

Aus aller Welt.

Russische Zivilgefangene als Eindringler. Das Kriegszustandsgesetz gibt den russischen Zivilgefangenen Korpsidenten, Sigale, Miabani und den russischen Kriegsgefangenen Nikolajew, die länger als ein Jahr in der Weinger Niederung zahlreicher Eindringler verurteilt, zu 15 Jahren und 10 Jahren Zuchthaus.

Explosion in einer amerikanischen Zuckerraffinerie. Aus New York wird vom 14. Juni gemeldet: Als heute sehr früh am Morgen die Arbeiter der American Sugar Refining Company im Begriffe waren, Zucker zur Ausfuhr zu verladen, erfolgte eine Explosion im Gebäude, in dem die Maschinen gemischt werden. Man glaubt, daß 20 Arbeiter unter den eingestürzten Mauern begraben und getötet worden sind.

Explosion auf dem Steinfeld bei Wien. In der Nacht vom 16. auf den 17. d. Mts. erfolgte in dem militärischen Munitionsdepot am Steinfeld eine Explosion, der drei Magazine zum Opfer fielen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der Verletzten etwa hundert. Von militärischer Seite sind noch in der Nacht ungesäumt alle notwendigen Maßnahmen zur Hilfeleistung eingeleitet und durchgeführt worden.

Ueber die Explosion wird weiter gemeldet: Am 17. Juni 1/3 Uhr früh fand beim Artillerie-Feuerdepot in Wöllersdorf (Großes Mittel am Steinfeld) eine Explosion eines Pulvermagazins statt, welcher im weiteren Verlaufe noch zwei Objekte zum Opfer fielen. Außer Materialschaden ist der Verlust von sechs Menschenleben zu verzeichnen. Die Zahl der Verwundungen, zumeist durch Glassplitter herbeigeführt, beträgt circa 300 leichter, etwa 30 schwerer Natur.

Die Lösung des Brandes fand unter Beistand einer Abteilung der Wiener Berufsfeuerwehr statt. Am Morgen des 17. Juni bestand keinerlei Gefahr mehr. In Wöllersdorf und Siegersdorf entstanden ziemlich große Dach- und Fensterschäden.

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen über die Ursachen der Katastrophe gaben keinen Schluß in der Richtung, daß ein verbotlicher Umgang vorliegt. Die Erhebungen zur Aufklärung der Katastrophe werden mit aller Energie fortgesetzt.

Aus dem Leben gestanden. In Spanien hat die verheiratete Frau Sancho die Gattin ihres neunjährigen Sohn und ihre fünfjährige Tochter in der Badewanne ertränkt und dann sich selbst erhängt. Wie es heißt, war Frau Sancho vom Leben seit einiger Zeit nicht ganz klar gewesen.

Neubauwerk. Einem Bauwerk hat die Witwe Sancho in Eberswalde begonnen. Nachdem seit 14 Jahren und der älteste Sohn den Lebensabend gefunden, hat sie jetzt auch ihren jüngsten Sohn durch Selbstmord verloren. Der Junge war in Spanien bei Kämpfen in der Infanterie, von wo er am Sonntag früh nach Hause kehrte. Er mußte einen Landweg nehmen, da er die Eisenbahn nicht benutzen konnte. Am 9. Juni nahm er diesen Weg, von einem Wäldchen begleitet. Dort war ein Stein auf dem er stehen wollte, um sich auszuruhen. Er fiel aber von dem Stein und wurde durch den Kopf getroffen. Er starb sofort.

Ein 20 Zentner schwerer Stein abgehört. Infolge Verfalls des Eisenbahnverkehrs am Sonntag den 17. Juni wurde ein 20 Zentner schwerer Stein der Götterstraße in Berlin aus 18 Meter Höhe in die Tiefe. Die Stein behielt sich etwa einen halben Meter tief in die Erde ein. Menschen wurden nicht verletzt.

Die Langgasse hat der „Vaterländische“. Eine in der Sehwelt sehr bekannte Frau, die in ihren Jahren noch ihren eigenen Haushalt, der einen Wert von 50 000 Mark besitzt, zur „Vaterländische“ genannt wird, grübelte in ihrer im Erdgeschoss eines Hauses in der Sehweltstraße gelegenen Wohnung in Berlin ein heimliches Versteck für ihre Güter bei Nacht und Tag zu gründen. Sie hatte einen Kasten, der mit einem natürlichen Material gefüllt war, das sie in einem Kasten versteckt hatte. Die Polizei wurde durch einen Hinweis auf den Kasten aufmerksam gemacht und fand den Kasten in der Sehweltstraße.

Gähe dieses Bekals nicht. Weniger erfreut als diese waren die anderen Mieter des Hauses. Als Beschwerden über die nächtlichen Störungen beim Verwalter fruchtlos blieben, wandte man sich an die Polizei. Obwohl ein Richter vor der Tür stand und nur auf Geheimzeichen öffnete, verschafften sich Kriminalbeamte Zutritt und hoben die ganze Gesellschaft aus.

Getreidebeschreibungen und kein Ende. Neue umfangreiche Getreidebeschreibungen wurden von der Gnefener Polizei im Pöner Kreise Witkowo festgestellt. Wie ein Telegramm des „D. Z.“ meldet, wurde ein Ferngespräch belauscht, bei dem ein Mann einem Besitzer aus der Umgegend drohte, ihn dem Kriegsdienst anzuzeigen, wenn er das zugesagte Getreide nicht verladen werde. Die weiteren Erhebungen führten zu einer Reihe von Verhaftungen. Ueber 100 Zentner Getreide sind bereits beschlagnahmt worden.

Selbstmord eines Bediensteten. Bei Emmerich wurde einem Bediensteten zufolge, bei dem Versuch, die polnische Grenze zu überschreiten, ein Mann verhaftet, der sich bei seiner Festnahme erschoss. Er stellte sich heraus, daß der Selbstmörder in Rütich 180 000 Mark unterschlagen hatte. Eine große Bestrafung wurde bei ihm noch vorgenommen.

Das Feuer bringt es an den Tag. Eine Kohlenhändlerin Frau Schmidt, deren Geschäft sich an der Ecke der Großschönstraße und Poststraße in Berlin befindet, erklärte seit einiger Zeit allen Kunden gegenüber, daß sie keine Kohlen bestimme und deshalb auch keine verkaufen könne. Sie gelte darüber mit den Kunden oft im Streit, weil diese vermuteten, daß sie die Kohlen zurückgehalte, um einzelne Kunden zu bevorzugen. Frau Schmidt blieb bei der Behauptung, daß sie nicht Kohlen bestimme und nicht verkaufen könne. Sie gelte darüber mit den Kunden oft im Streit, weil diese vermuteten, daß sie die Kohlen zurückgehalte, um einzelne Kunden zu bevorzugen. Frau Schmidt blieb bei der Behauptung, daß sie nicht Kohlen bestimme und nicht verkaufen könne. Sie gelte darüber mit den Kunden oft im Streit, weil diese vermuteten, daß sie die Kohlen zurückgehalte, um einzelne Kunden zu bevorzugen.

Ja, so ein Kessel. In den Neuen Dampfbad... Die Polizei wurde durch einen Hinweis auf den Kasten aufmerksam gemacht und fand den Kasten in der Sehweltstraße.

